

ung

er Zeitung.)

ummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 60 J., Abendbl. 75 J.
 Reklamen #2 - Abendbl. #2.50
 Familienanzeigen #1. - Platz- u.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mau-
 straße 16/18, Dresden: A. Wais-
 hausstr. 25, München: Perusastr. 5,
 Offenbach: Biebererstr. 34, Sie-
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
 straße 62. Una übrig, Agenten,
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die Maßlosen.

Konservative Parteiblätter und einige nationalliberale, die sich ihnen anhängen, um, wie sie selber sagen, die „korrektesten Beziehungen zum Herrn Reichskanzler wieder herzustellen“, ein Bemühen, das verständlich, patriotisch und sicher auch wichtig genug ist, um einige gegen die „Frankfurter Zeitung“ gerichtete Verleumdungen zu entschuldigen, nehmen es uns fortgesetzt sehr übel, daß wir die Entscheidung in der Tauchbootfrage für einen Akt der Kriegsführung halten, in der die Äußerung jeder Privatansicht, mag sie in Zeitungsartikeln oder in Vereinsreden, von Sachkennern oder von gleichgültigen Menschen kommen, deshalb für unangebracht ist, weil sie mäkelte, ohne zu ändern. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt allerdings sehr richtig, daß von diesem Gebaren, wie von allen starken und stärkenden Reden während der Dauer der kriegerischen Operationen im feindlichen Ausland kein Schaden angerichtet werden könne, weil darin ja nichts anderes gefordert werde, als was ohnehin unser Ziel sei: den Feind zu schlagen. Aber darum handelt es sich gar nicht. Der Schaden entsteht für uns nicht im Ausland, wohl aber innerhalb unserer eigenen Grenzen. Und das ist mindestens ebenso schlimm. Denn Vertrauen zur Führung ist Grundbedingung für den Sieg. Gewiß verliert auch im Krieg die Kritik ihr Recht nicht. Sie muß sogar laut werden, wenn es ums Leben geht und sie Rettung bringen kann. Aber dann darf es nicht heißen: „Ich weiß es besser, aber ich füge mich.“ Um so weniger ist solch eine halbe Maßregel der Kritik berechtigt, wenn sie genau dieselben Argumente für den rücksichtslosen Krieg geltend macht, die — wie die Kritiker ausdrücklich sagen — von den führenden Admiralen an sich schon erkannt und beachtet werden, die aber aus anderen Gründen nicht zur Durchführung gelangen konnten, und wenn selbst ein Mann wie der Großadmiral von Köhler die Gegenargumente für so schlagkräftig hält, daß er sich vor ihnen beugt.

Die genannten Blätter, an ihrer Spitze die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, legen Nachdruck darauf, festzustellen, daß die Konservativen und ihr nationalliberaler Anhang in der vielgenannten Kommissions-Sitzung durchaus nichts, was für ihr Urteil in der Tauchbootfrage wesentlich sei, hinzugelernt hätten. Sie sind sehr darum bemüht, ihren Lesern einzuprägen, daß sie vor allem auf militärischem Gebiet in der Sitzung nicht in ihrer Ansicht ins Wanken gebracht worden seien. Ihr Eifer ist ebenso verständlich, wie ihre Absicht durchsichtig ist. Sie täuschen sich aber, wenn sie glauben sich zum Beweis dafür, daß „nur politische und wirtschaftliche Gründe“ den Ausschlag gegeben hätten, auf die „Frankfurter Zeitung“ berufen zu können. Diese scharfe Scheidung: militärische und nicht militärische Gründe ist widersinnig. Für und wider den Tauchbootkrieg sprach ein Komplex von Fragen, die unzertrennlich sind. Der Tauchboot-handelskrieg ist nicht wie eine Schlacht taktisch und strategisch zu berechnen, sondern er ist eine militärisch-politisch-wirtschaftliche Kombination. Der militärische, in erster Linie von der Zahl der Boote abhängige Stoß kann eben nicht ins Herz treffen, wenn die für die Wirksamkeit der Kriegsführung unerlässlichen und im voraus auch von den Militärs erhofften politischen und wirtschaftlichen Folgen nicht eintreten. Militärische oder nichtmilitärische Gründe: diese Fragestellung geht fehl. Entscheidend ist, ob man aus sachlichen Erwägungen heraus die Gesamtfrage mit ja oder mit nein beantwortet hat. Die Antwort hat aber gelautet: Der rücksichtslose Tauchbootkrieg wird, solange gewisse sachliche Gründe bestehen, nicht geführt! Das ist nicht eine Sondermeinung der „Frankfurter Zeitung“, sondern in demselben Sinn hat die große Mehrheit des Reichstags und die ihr nahestehende Presse den Vorgang verstanden. Alles andere wäre ein fruchtloser Streit um Worte, zu dem wir um so weniger Neigung verspüren, als die „Kreuzzeitung“ ihren Artikel vom 21. Juni mit einer gegen uns gerichteten ordinären Wendung geschlossen hat, auf die wir nur deshalb die Antwort schuldig bleiben, weil sie so ausfallen mußte, daß sie den Zeitumständen nur schlecht anstände. Sie leben in Erregung, diese Herren, denn es ist vielleicht nicht ganz falsch, was ein neutraler Beobachter kürzlich schrieb: die Fronte, die sich in jenen Kreisen herausgebildet hat, könnte wohl durch ihre eigene Maßlosigkeit zu Grunde gehen! In diesem Sinne betrachten wir den Pistolentast des Herrn Kapp als das gefällige Vorzeichen einer besseren Zeit.

Die Gemäßigten.

Das Hauptorgan des Zentrums, die Berliner „Germânia“, stellt sich in der Auseinandersetzung über den Fall Kapp rücksichtslos auf die Seite Bethmann Hollwegs. Sie stellt aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ nochmals die Angriffe des Generallandschaftsdirektors Kapp gegen den Reichskanzler zusammen und erblickt darin „den durchschlagenden Beweis, daß die Abwehr des Reichskanzlers in der bekannten Form die gebotenen Maße nicht überschritten hat“. Dann wendet sich das Zentrumsorgan in recht beachtenswerten Ausführungen gegen die konservative Politik; es schreibt dabei:

Es handelt sich bei dieser konservativen Polemik im Grunde genommen um etwas anderes als die Verteidigung des Generallandschaftsdirektors Kapp, wie hoch dieser von den rechtsstehenden Parteien auch bewertet werden möge. Die Konservativen sind auch nicht dazu fähig, einem einzelnen Parteifreunde zuliebe die Partei über das Vaterland zu stellen. An ihrer Haltung in der Affäre Kapp werden sie zu sehr von ihrer Politik beeinflusst, von einer Politik, die sich immer mehr von der des Reichskanzlers abzuwenden droht. Und das ist gerade jetzt in diesen furchtbar ernstesten Zeiten außerordentlich belauerlich. Die „Kreuzzeitung“ hat es noch dieser Tage trotz verschiedener Wendungen und Bindungen zugegeben, daß sie weder mit der äußeren noch namentlich mit der inneren Politik des Reichskanzlers einverstanden ist. Man sollte doch auch in diesen Kreisen sich einmal fragen, was denn aus dem Krieg geworden wäre, wenn wir uns noch mehr Feinde auf den Hals geladen hätten und wenn v. Bethmann Hollweg es nicht verstanden hätte, die vielen Anhänger der Sozialdemokratie in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Wir halten es für sehr unklug und gefährlich, jetzt, wie es geschieht, den Sozialdemokraten am Zeug führen zu wollen, weil ihre Vertreter bei den letzten Regierungsvorlagen im Reichstag zum Teil versagt haben, da doch der Krieg ohne die Mitwirkung und ohne die begeisterte Vaterlandsliebe aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, überhaupt nie hätte geführt werden können, wie er geführt wurde und geführt wird.

Das ist ebenso zutreffend, wie deutlich! Vielleicht macht es bei denen um Bethmann und Heydebrand etwas Eindruck, da diese Ausführungen nicht von links kommen; dem Zentrumsorgan kann die „Kreuz-Ztg.“ schwerlich Voreingenommenheit gegen die Konservativen vorwerfen!

N. Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Es ist kein Geheimnis, daß nicht alle Elemente der Rechten mit der grundsätzlichen bis zum offenen Mißtrauen gesteigerten Gegnerschaft gegen den Reichskanzler einverstanden sind, so wenig es ein Geheimnis ist, daß sehr angesehenen Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei die Politik nicht billigen, die unter Führung der Herren Wasser-